



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

2/KV/296 - 30. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Weder Sieger noch Besiegte</u> Zum Abschluss der Handelsabkommen	43
2 - 3	<u>Moskaus Schatten über Helsinki</u> Nach dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan	72
4 - 5	<u>In Hessen arbeiten die Eltern mit</u> Ein Gespräch mit Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte	98
6	<u>Buchbesprechung:</u> <u>Die letzten Gebece in Tibet</u> Zu dem Buch "Auf dem Dach der Welt" von Erwin Erasmus Koch	35

* * *
* *

Weder Sieger noch Besiegte

Zum Abschluss der Handelsabkommen

sp - In der deutschen und ausländischen Presse ist während der letzten Tage viel darüber gerätselt worden, was Moskau und Pankow veranlasst haben könnte, den Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie der Erneuerung des Interzonenhandelsabkommens unter den bekannten Voraussetzungen zuzustimmen.

Wir glauben mit gutem Grund annehmen zu dürfen, dass es beim Abschluss der beiden Handelsabkommen weder Sieger noch Besiegte gegeben hat. Günstigstenfalls könnte von einer Art Status quo-Situation gesprochen werden, mit der die deutsche Politik zu Beginn des Jahres 1961 zu rechnen hat.

Falsch dürfte es deshalb sein, wenn gewisse Zeitungen jubelnd verkünden, Moskau habe "klein beigegeben" und ausserdem noch andeuten, die sogenannte Politik der Stärke habe sich endlich bezahlt gemacht. Eine solche Interpretation der Vorgänge der letzten Tage ist nicht nur politisch abwegig, sondern auch geradezu eine Aufforderung an die andere Seite, bei nächster Gelegenheit wieder so "hart" wie möglich zu werden.

Bereits gestern stellten wir die Frage, ob das Verhalten der östlichen Verhandlungspartner im Rahmen einer grösseren Strategie gesehen werden muss. Vieles deutet darauf hin. Es gibt das Gespräch Dowling-Perwuchin in Ostberlin, und es gibt in Moskau selbst eine Reihe von diplomatischen Kontakten, die der Krenlechef und sein Aussenminister in letzter Zeit mit westlichen Diplomaten offenbar gesucht haben. Ob hierbei Erörterungen über die Möglichkeit einer baldigen Fühlungnahme zwischen Washington und Moskau angestellt wurden, ist noch ungewiss; aber gewiss scheint zu sein, dass beide Seiten zur Zeit kein Interesse daran haben, das Ost-West-Verhältnis zusätzlich durch neue Spannungen in der Berlin- und Deutschlandfrage zu verschlechtern. In diesem Rahmen gesehen, werden die erneuerten Handelsabkommen zu einem Steinchen in einem grossen Mosaik der Weltpolitik.

Es hiesse sich jedoch einer Illusion hinzugeben, wenn man annehmen würde, dass Moskau seine politischen Zielsetzungen im Blick auf Berlin oder die Deutschlandfrage geändert hätte. Aber vielleicht bietet die Atempause, die jetzt gewährt wurde eine Chance für die deutsche Politik, die Dreierkoppelung Berlin-Deutschlandfrage-Europäische Sicherheit wieder in das internationale Gespräch zu bringen.

Wir bauen diesen Gedanken nicht in ein Wolkenkuckucksheim, da wir nur zu gut wissen, wieviel Steine noch auf dem Wege zur internationalen Entspannung weggeräumt werden müssen. Aber sicher ist, dass die wenigen Ansatzpunkte, die vielleicht gegeben sein mögen, nur dann im Interesse des ganzen deutschen Volkes für eine wirkungsvolle deutsche Politik freigelegt werden können, wenn alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gemeinsam an die Lösung dieser Aufgabe herangehen.

Moskaus Schatten über Helsinki

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rosten

Seit zwei Jahren schwelt in Finnland eine innenpolitische Krise, die vor Weihnachten wieder zum offenen Ausbruch kam, als die sozialdemokratische Partei im Reichstag einen Misstrauensantrag an die Minderheitsregierung Sukselainens stellte. Im Namen der Sozialdemokraten erklärte der Praktikationsvorsitzende Gunnar Henriksson, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung gescheitert sei. Der einzige Ausweg aus dieser festgefahrenen Lage sei entweder die Bildung einer Mehrheitsregierung, was bisher misslungen ist, oder Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen. Der Misstrauensantrag wurde mit 113 gegen 67 Stimmen abgelehnt, aber dieses Ergebnis war trotz der grossen Stimmenmehrheit bei weitem kein echter Ausdruck des Vertrauens für die Regierung. Ministerpräsident Sukselainens Regierung besteht aus der Agrarpartei, die mit 47 Sitzen über weniger als ein Viertel der insgesamt 200 Plätze im Parlament verfügt. Die wird aber von den Kommunisten (50 Sitze) und den 14 Simonen-Sozialisten (die aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten Linksradikalen) mit einer Beharrlichkeit unterstützt, die nur durch ihrer Schüssigkeit gegen die sozialdemokratische Partei zu erklären ist. Ohne diese an und für sich widernatürliche Hilfeleistung von der äussersten Linken wäre die agrar-bürgerliche Regierung schon längst zum Abdanken gezwungen, und wenn der sozialdemokratische Angriff auch diesmal von dieser einzigartigen parlamentarischen Bestien abgewiesen wurde, hat er doch wieder die künstlich politische Situation erhellt. Zusammen mit den Sozialdemokraten (37 Sitze) stimmten die konservative nationale Sammlungspartei (29 Sitze), die liberale finnische Volkspartei (8 Sitze) Teile der schwedischen Volkspartei (die mit insgesamt 14 Sitze vertreten ist) und einen Vertreter der von der Agrarpartei abgesplitterten "Kleinbauernpartei". Dass die sozialdemokratische Attacke eine so breite, wenn auch zahlenmässig ungenügende Unterstützung erreichen konnte, ist ein Beweis dafür, das der Unmut über die Regierung und das Funktionieren des demokratischen Parlamentarismus weit verbreitet ist.

Es ist in der Tat auch so, dass die derzeitige Minderheitsregierung Sukselainens nur der aussenpolitischen Zwangslage Finnlands ihr Entstehen und ihre Existenz zu verdanken hat. Neunzehn Regierungen hat Finnland nach dem Waffenstillstand im Jahre 1944 schon gehabt, und der Vorgänger Sukselainens war August Fagerholm, Präsident des Parlamentes und einer der markantesten Gestalten der sozialdemokratischen Partei. Er führte eine aus fünf Parteien bestehende Koalitionsregierung in der Zeit

von Ende August 1958 bis 13. Januar 1959, wurde aber unter dem politischen Druck und wirtschaftliche Drohungen von Moskau zum Rücktritt gezwungen. Aus verschiedenen Gründen gelten die finnischen Sozialdemokraten in den Augen Chruschtschows als "diskriminiert", wohl vor allem, weil sie (gegen den Einspruch von Fagerholm und Henriksson), den von den Russen verhassten Väinö Tanner zum Vorsitzenden wiedergewählt haben. Aber auch verschiedene Politiker der Agrarpartei halfen mit, die Fagerholm-Sozialisten als nicht salonfähig anzukreiden, was zur Bildung der Sukkelainen-Regierung und zur Verschlechterung des politischen Klimas beigetragen hat. Geschützt von der Notwendigkeit, die Paasikivi-Linie - das heisst die durch den Existenzvertrag aufgezwungene sowjetfreundliche Wirtschaftspolitik fortzuführen - konnten Staatspräsident Kekkonen und Ministerpräsident Sukkelainen bisher ihren Willen durchsetzen, aber die Tatsache, dass in der Innenpolitik dieselben Gesichtspunkte gewährt werden müssen wie in der Aussenpolitik, gibt der ganzen parlamentarischen Arbeit eine für die Demokratie ungesunde Färbung.

Man hat die Frage über Finnlands Anschluss an die NATO schon im vergangenen Sommer die Erweiterung der Regierungsbasis aktualisiert. Als Präsident Kekkonen von seinem Besuch in Moskau Ende November zurückkam, hat er in einer Rede die Bedeutung unterstrichen, die er der Bildung einer Mehrheitsregierung zumiast - erklärte er doch selbst bei der Bildung der jetzigen Minderheitsregierung, diese sei nur "ein Provisorium". Aber es hat sich bei den Koalitionsgesprächen gezeigt, dass die Agrarpartei, wieder von den Kommunisten und Simonen-Sozialisten unterstützt, die Bedingung stellt, dass die Sozialdemokraten draussen vor der Tür bleiben müssen, und dass den Simonen-Sozialisten eine weit mehr dominierende Stellung in einer eventuellen Mehrheitsregierung eingeräumt werden sollte als es sachlich zu verantworten wäre. Auf der anderen Seite will Sukkelainen auch keine Kommunisten in einer Mehrheitsregierung, weil eine solche "Volksfront" für die Agrarpartei der politische Selbstmord wäre.

Die Schatten von Moskau zwingt die Regierung Sukkelainen eine Politik zu führen, die dem politischen Rechtsbewusstsein der Finnen nicht unbedingt entspricht, aber Neuwahlen könnten in einem gewissen Masse die Luft reinigen.

+ + +

In Hessen arbeiten die Eltern mit

Am 29. Januar 1961 wird auf dem Landeselterntag in Bad Homburg der neue Landeselternbeirat gewählt. Zwei Jahre sind es her, dass in Hessen das Gesetz über die Elternmitbestimmung und den Landesschulbeirat verkündet wurde. Im Verlaufe des letzten Jahres wurden von unten her die Elternbeiräte aller Gremien und Schularten gewählt, und nun werden die Delegierten der Kreis- und Städtelternbeiräte den Landeselternbeirat wählen. Es war anzunehmen, dass es in dieser Übergangszeit eine Menge von Problemen, ja vielleicht auch Schwierigkeiten oder gar Missverständnisse geben würde, da ja eine Reihe von Anordnungen erlassen worden waren, die der Kultusminister zuvor unabhängig treffen konnte. Es kam nun darauf an, dass Ministerium und Landeselternbeirat schnell zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit fanden, ohne die in Hessen ein geordneter Schulablauf nicht mehr denkbar ist. Im § 21 des Gesetzes ist gesagt, dass der Zustimmung des Landeselternbeirates bedürfen:

1. Allgemeine Bestimmungen über Bildungsziele und Bildungswege, insbesondere in Bildungsplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen der Schulen gestalten;
2. Allgemeine Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen sowie die Übergänge zwischen den Bildungswesen regeln;
3. Allgemeine Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln;
4. Allgemeine Schulordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen gestalten.

Diese zustimmungspflichtigen Maßnahmen sind zwischen Minister und Landeselternbeirat zu erörtern. Minister Schütte sagte dazu, er habe gerade hier Dank zu sagen, dass der Landeselternbeirat seinem Vorschlag gefolgt sei, die Zustimmung zu den Erlassen sozusagen pauschal und rückwirkend zu geben. Dabei habe er die Versicherung abgegeben, dass diese Erlasse, vor allem die wesentlichen unter ihnen, in den nächsten zwei Jahren mit dem Landeselternbeirat beraten werden sollen. Dies sei schon deshalb sinnvoll und geboten, weil alle wichtigen Erlasse jetzt von ihm neu formuliert werden sollen. Als ein jüngstes Beispiel erwähnte er die Zustimmung zur neuen Versetzungsordnung an weiterführenden Schulen. Er habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Landeselternbeirat auch in diesem Falle die pädagogischen Grundgedanken dieser neuen Versetzungsordnung angenommen und sie sogar in besonderer Weise gewürdigt habe. Seiner Meinung nach sei diese Versetzungsordnung wirklich etwas Neues. Er habe versucht, das "Versetzungsgeschäft" aus dem Notenaufautomatismus herauszunehmen und deutlich zu sagen, dass eine Versetzung ein pädagogischer Akt sei, der im Grunde nur von den Lehrern verantwortet werden kann. Deshalb fehlten ganz bewusst in diesem neuen Erlass die vielen Einzelbeispiele und Verrechnungsfälle, nach denen bisher vorgefahren werden konnte, um eine Versetzung zu ermöglichen.

Nunmehr sei die Versetzung oder Nichtversetzung eines Schülers in einer weiterführenden allgemeinbildenden Schule eine pädagogische Entscheidung geworden, die den Bildungsgang des Kindes mit seinen geistigen Wachstum in Übereinstimmung halte und der Klasse einen Leistungsstand sichern soll, der den Unterrichtszielen der Schule entspricht.

Wie schwierig manche Angelegenheit selbst bei bestem Willen nicht zu aller Zufriedenheit zu regeln ist, zeige die Neuordnung der Elternspende. Nur mit Bedenken habe er als Minister diesem Erlass seine Zustimmung erteilt, weil in Klagen der Lehrer immer wieder gefragt wurde: "Sind wir Lehrer oder sind wir Sammler?" Der Minister habe zunächst den richtigen Weg darin gesehen, diese Aufgaben ganz den Eltern zuzuweisen. Inzwischen habe er aber längst einssehen müssen, dass diese Spenden dann in der alten Höhe, mit der alten Exaktheit und Sicherheit nicht mehr eingingen. Deshalb habe er den Landeselternbeirat gebeten, doch selbst einmal Vorschläge zu machen, wie er sich jetzt die Gestaltung dieses neuen Erlasses denke.

Der Minister hofft, einen Weg zu finden, der von vornherein auch mit Hilfe des Landeselternbeirates beschritten wird. Gerade diesen Fall hält Minister Schütte für ein Charakteristikum der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Landeselternbeirat in den letzten zwei Jahren: Dort einen neuen Weg zu finden, wo eine ernsthafte Schwierigkeit aus der Sache heraus entstand, durch die die Eltern unmittelbar in ihrer bisherigen Hilfeleistung betroffen waren. Nur sollen die Eltern ihrerseits sagen, wie ein solcher Erlass aussehen soll.

Abschliessend erläuterte Minister Schütte die Bedeutung des Landesschulbeirates, in dessen Gremium die Mitglieder des Landeselternbeirates kraft Gesetzes hineingehören. Auch unter diesem Aspekt komme der Neukonstituierung des Landeselternbeirates eine grosse Bedeutung zu. Dem Landesschulbeirat gehören die 15 Mitglieder des Landeselternbeirates und höchstens 20 vom Kultusminister zu berufende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an, die mit dem Wesen der Schule vertraut sind. Diesem Landesschulbeirat ist von Gesetz her die Aufgabe gestellt, den Minister zu beraten. Prof. Schütte hofft, dass dieser Landesschulbeirat das pädagogische Forum des Landes wird. Die drei Sitzungen, die bisher stattgefunden haben, ermutigen ihn, dem Landesschulbeirat diese Qualität auch zu verschaffen, und ihm so oft wie möglich Gelegenheit zu geben, zu den wesentlichen Schulproblemen und den pädagogischen Problemen der Zeit und speziell Hessens Stellung zu nehmen. Im Gesetz steht zwar, dass der Landesschulbeirat dem Minister nur Rat erteilen soll, aber nach Meinung Schüttes kann ein guter Rat, den irgendjemand befugtes Gremium in der Demokratie erteilt, nicht einfach übergangen werden.

Heute werde oft der gewagte Satz ausgesprochen: "Die Bildung ist unser Schicksal". Das sei keine Phrase, sondern der Hinweis auf einen grossen Auftrag unserer Zeit. Diese Zeit gebe der Kulturpolitik einmalige Chancen, die vielleicht noch nie so gross waren wie heute. Es gelte, diese Chancen nicht nur in den oberen Bereichen der Kulturpolitik bei Regierung und Parlament wahrzunehmen, sondern auch im Kontakt mit der Schule, den Kindern, Eltern und Lehrern. Diese Dreiecke bilde die Schule und aus ihr seien die verantwortlich mitwirkenden Eltern gar nicht wegzudenken. Wenn die Elternbeiräte aller Ebenen, besonders auch der Landeselternbeirat, die Mitbestimmung als eine Hilfe begreifen und wahrnehmen würden, dann könnten die guten Wege, die das Gesetz öffnet, beschritten werden. Die Möglichkeiten des Gesetzes müssten durch die richtigen Vertreter der Elternschaft genutzt werden.

Buchbesprechung:Die letzten Gebete in Tibet

Zu dem Buch "Auf dem Dach der Welt" von Erwin Erasmus Koch

Die Flucht Seiner Heiligkeit des vierzehnten Dalai Lamas leitete 1950 die durch Mao Tse-tung befohlene gewaltsame Änderung des politischen Bildes Asiens ein. Der Okkupation von Tibet folgten die Annexionen im Grenzverlauf des südlichen Himalaya, und über Burma weiter in Hinterindien. Die jüngsten, sich überstürzenden Rebellionen und Revolutionen, die das Königreich Laos heimsuchten, sind zweifellos nur ein Anfang der für Indochina geplanten Zerschlagungsprobe. Die NCH hat ihre "Volksbefreiungsarmee" noch nicht zum Grossangriff angesetzt. Aber er wird kaum lange auf sich warten lassen.

Das Buch von Erwin Erasmus Koch "Auf dem Dach der Welt" ("Tibet, die Geschichte der Dalai Lamas", West-Verlag, Frankfurt/L.) schildert zwar in besonderem die Wende der Seiten im fernen Schneeland, auf den Hochsteppen jenseits der Gletscherberge, doch es weist auch auf den Sturm hin, der den gesamten Kontinent mehr erschüttert, als es einst die Mongolenhorden Dschingis Chagans vermochten. Das Ende des Staats der Gotakönige von Tibet steht in engstem Zusammenhang mit der Folge von Geschehnissen, die unter dem kommunistischen Banner bereits eintraten und sich künftig vollziehen werden. Das reich illustrierte, mit äusserst seltenen Aufnahmen aus dem Inneren Tibets ausgestattete Werk hat daher nicht nur für die Betrachtung der Vergangenheit des geheimnisvollen Reichs der Lamakirche seinen Wert, es vermittelt vielmehr ebenso den Einblick in das Verständnis der Probleme, die sich gegenwärtig in Asien stellen.

Der Verfasser schildert eine in unseren Tagen versunkene Kultur, er lässt noch einmal die phantastischen Rituale und ihren jenseitigen Zauber ausleben, der die tibetische Religion und Geschichte einhüllte, die Inkarnationen der Hierarchen und der Panchen Rampoche erschauen wie gleichfalls die Wiedergeburten der Orakelpriester von Matschung vor den Augen des Lesers. Gleich fesselnd ist die Geschichte der Lama-Medizin und der wundersamen Kräfte, die sie im Menschen zu wecken suchte. Alles Geschehen in Tibet aber war stets von der Drohung überschattet, die von China kam und der Kirchenstaat in ihren Bann hielt. Nunmehr sind auf dem "Dach der Welt" die letzten Gebete längst verklungen. Statt ihrer dröhnen über die Fernstrassen die Panzer und Lastzüge der kommunistischen Revolutionäre. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel